

02.02.2013 00:00 Uhr, Arzberg

MEHR GELD FÜR HAUSBESITZER

Die Stadt Arzberg erhöht die Wohnbauförderung deutlich. Damit soll auch das Ausbluten der Innenstadt abgemildert werden. Zusätzlich gibt es Zuschüsse für Familien mit Kindern.



Arzberg - Die Stadt Arzberg hebt ihre Wohnungsbauförderung erheblich an. In seiner Sitzung am Donnerstagabend beschloss der Stadtrat, den Zuschuss für Neubauten von 1500 Euro auf 3000 zu verdoppeln. Beim Kauf von bereits bestehenden Immobilien gab es bislang nur 500 Euro Zuschuss. Hier erhöht die Stadt die finanzielle Zuwendung um 2500 auf ebenfalls 3000 Euro. Die Förderung ist allerdings abhängig von Einkommensgrenzen, die das bayerische Wohnbauförderungsgesetz vorgibt.

Damit ist die Bezuschussung von neuem und altem Wohnraum angeglichen. Hintergrund ist, potenziellen Käufern den Erwerb von Häusern auch im Stadtzentrum schmackhaft zu machen und somit das weitere Ausbluten der Innenstadt abzumildern.

Sowohl beim Bau von neuen Häusern als auch beim Kauf bereits bestehender Gebäude erhalten die Besitzer je Kind zusätzlich 1000 Euro von der Stadt. Neu ist hier, dass die Hausbesitzer jetzt vier Jahre Zeit haben, den Anspruch für ein Kind geltend zu machen. Bislang waren es nur zwei Jahre.

Diese neuen Richtlinien gelten seit dem 1. Januar und sind befristet bis 2015. Der Stadtrat stimmte der Wohnungsbauförderung in seiner neuen Form einhellig zu.

Südlich der Eisenbahnlinie weist die Stadt Arzberg ein neues Stadtumbaugebiet aus. Dieses betrifft den Bereich der früheren Porzellanfabrik Arzberg. Die Ausweisung dieses Stadtumbaugebiets mit dem Namen "Stadtkern III" hat mit dem laufenden Insolvenzverfahren für die Firma Winterling zu tun, wie der Sitzungsvorlage für diesen Tagesordnungspunkt zu entnehmen ist. Das Insolvenzverfahren für Winterling an den ehemaligen Standorten Arzberg, Kirchenlamitz, Schwarzenbach an der Saale und Röslau solle nun mit dem Verkauf der Immobilien abgeschlossen werden. Damit nach Abschluss des Insolvenzverfahrens die ehemaligen Betriebsgelände planvoll entwickelt werden könnten, werde nach einer Möglichkeit gesucht, die Immobilien vorübergehend in das Eigentum der Kommunen zu bringen. "Im Anschluss sollen die Immobilien in Ausrichtung auf ihre künftige Nutzung entwickelt und in einem weiteren Schritt an die künftigen Nutzer veräußert werden", heißt es in der Sitzungsvorlage. Da es sich um einen sehr komplexen Prozess handle, soll dazu eine Expertise erstellt werden. Die Gemeinde Röslau habe für die Erstellung dieser Konzeption federführend für die beteiligten Kommunen bei der Regierung von Oberfranken einen Antrag auf Städtebaufördermittel gestellt.

Eine längere Diskussion löste der Bauantrag von Fickert & Winterling im Gremium aus. Die Marktrechwitz Maschinenbau firma will neben dem Schweinestall von Werner Reihl im Stadtteil Bergnersreuth eine Biogasanlage bauen. Diese ist ein Forschungsprojekt mit dem Titel "Biogastiger" und soll die Einwicklung, Herstellung und Erforschung einer sogenannten modularen Kompakt-Hofbiogasanlage beinhalten. Mit einer solchen Biogasanlage ist es möglich, Größe und Hauptkomponenten individuell an den Betrieb, also den Bauernhof, anzupassen.

Der Bau der Anlage an sich stieß nicht auf Widerspruch der Stadträte. Doch Wilfried Löser (UPW) warf die Frage auf, wie die Zufahrt zu der Biogasanlage geregelt werden solle. "Wir werden da wieder Ärger bekommen", sagte Löser im Hinblick auf die Probleme, die in der Vergangenheit mit der Andienung der Biogasanlage an der Sandmühle aufgetreten waren.

Bürgermeister Stefan Göcking entgegnete, dass die Zufahrt über den Ringweg möglich sei. Die Betreiber der Biogasanlage würden das öffentliche Straßenverkehrsnetz nutzen, also gelte die Straßenverkehrsordnung. "Wir können das gemeindliche Einvernehmen nicht verweigern. Es handelt sich um privilegiertes Bauen im Außenbereich", sagte Göcking. Stadtbauamtsleiter Armin Gädick betonte, dass sämtliche Nachbarn ihre Zustimmung zu dem Bauvorhaben gegeben hätten. Und auch Reinhard Strößenreuther (CSU) meinte: "Wir brauchen nicht explizit Straßen auszuschließen. Das regelt die Straßenverkehrsordnung."

All diese Aussagen brachten Gernot Czerny (fraktionslos) in Rage: "Warum verplempern und verblöden wir dann Zeit, wenn wir sowieso zustimmen müssen. Dann macht doch gleich, was ihr wollt." Bei der Abstimmung enthielt sich Czerny, was eigentlich im Stadtrat nicht möglich ist.

Hauptamtsleiter Harald Helm wertete die Haltung Czernys dennoch als Zustimmung, sodass das Gremium dem Bauantrag mit 18:1 Stimmen das Einvernehmen erteilte.

Warum verplempern und verblöden wir Zeit?

Gernot Czerny

Quelle: www.frankenpost.de

Autor: Von Christl Schemm

Artikel: <http://www.frankenpost.de/lokal/fichtelgebirge/arzberg/Mehr-Geld-fuer-Hausbesitzer;art2432,2332861>

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung